

Fluglärm: Umfassender Schutz von Gesundheit und Lebensqualität nötig - Pressemitteilung der CDU Fraktion und der Grünen im Römer vom 12.12.2011

Die Fraktionen von CDU und Grünen haben gemeinsam ein Positionspapier zum Thema Fluglärm mit einem umfassenden Forderungskatalog beschlossen, das auf der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung als Antrag eingebracht und verabschiedet werden soll.



Mit der Inbetriebnahme der neuen Nordwest-Landebahn am Frankfurter Flughafen haben sich die Belastungen durch Fluglärm für viele Menschen in Frankfurt schlagartig vergrößert. Und das bis an die Grenzen des Erträglichen und auch darüber hinaus.

"Die betroffenen Bürgerinnen und Bürger dürfen mit dieser Situation nicht allein gelassen werden. Das Land, die betroffenen Städte und Gemeinden, der Flughafenbetreiber und die Luftverkehrsgesellschaften sind in der Pflicht, zügig konkrete Entlastungsmöglichkeiten für die Menschen umzusetzen", fordern die Vorsitzenden der CDU-Fraktion und der Fraktion der Grünen im Römer, Helmut Heuser und Olaf Cunitz. Dabei muss es oberste Priorität haben, die Lärmbelastung im unmittelbaren Nahbereich des Flughafens zu reduzieren.

Die von Fluglärm betroffenen Menschen brauchen einen Schutz der Nachtruhe von 22.00 bis 06.00 Uhr, also auch eine Entlastung in den Nachtrandstunden. Wir erwarten von der Hessischen Landesregierung, dass sie sich zumindest zum Mediations-Nachtflugverbot zwischen 23.00 und 05.00 Uhr bekennt und entsprechend handelt. Dies bedeutet auch die Rücknahme der Revision gegen das Urteil des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs.

Dringend erforderlich ist ein konkreter Plan zur Modernisierung der in Frankfurt eingesetzten Flugzeugflotte. Eine technische Reduktion der Lärmbelastung am Fluggerät hat für uns oberste Priorität, weil sie die wirksamste Entlastung für den Nahbereich darstellt. Gleichzeitig werden auch weiter entfernte Stadtteile entlastet. Angesichts der erheblichen Belastung der Bevölkerung durch den Fluglärm erwarten wir von den Luftverkehrsgesellschaften, dass die Bestandsflotten entsprechend nachgerüstet und die Stilllegung besonders lauter Flugzeugtypen engagiert vorangetrieben wird.

Für die Erarbeitung und erfolgreiche Umsetzung nachhaltig wirksamer aktiver Schallschutzmaßnahmen sehen wir die Deutsche Flugsicherung in Verantwortung. Die Erhöhung des Anfluggleitwinkels, die Einführung kontinuierlichen Sinkflugs in den Nachtrandstunden und die Anhebung von Flughöhen im Gegenanflug sowie die Prüfung der Lärmreduktionsmöglichkeiten durch steilere Starts haben oberste Priorität.

Die Menschen sehen mit großer Sorge auf die im Planfeststellungsbeschluss vorgesehene weitere Kapazitätserweiterung am Flughafen auf über 700.000 Flugbewegungen pro Jahr bis 2020. Die mittlerweile erkennbaren Möglichkeiten des aktiven Schallschutzes lassen es zu, einerseits dem Luftverkehr Entwicklungsmöglichkeiten offen zu halten, andererseits aber die verbindliche Vorgabe zu machen, das gegenwärtige Lärmniveau in Zukunft nicht weiter zu überschreiten. Wir fordern daher die hessische Landesregierung auf, für den Frankfurter Flughafen eine Lärmobergrenze verbindlich festzuschreiben.

Das nun von CDU und Grünen beschlossene Positionspapier wurde von Frankfurt

gemeinsam mit den Gebietskörperschaften und Kommunen der Region erarbeitet und macht deutlich, dass das gesamte Rhein-Main-Gebiet gemeinsame Ziele in Bezug auf den Fluglärm vertritt. Damit wird es eine gemeinsame Positionierung von Mainz bis Aschaffenburg und von Bad Homburg bis Darmstadt geben. "Wir erwarten, dass dieses starke Signal bei den verantwortlichen Akteuren nicht ungehört verhallt", so Heuser und Cunitz abschließend.

—© CDU Fraktion Frankfurt am Main